

Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich mit einer ganz klaren Aussage beginnen. Die Freien Wähler stellen keine weiteren Anträge zum neuen Haushalt an die Verwaltung. Sicherlich wäre vieles wünschbar. Aber wir sind Realisten und haben das Machbare im Blick. Es ist wenig zielführend, immer mehr zu fordern, wenn wir mit der Abarbeitung des bereits Beschlossenen nicht hinterherkommen. Unser Beitrag zur Gestaltung unseres dörflichen Lebens im Jahr 2023 besteht deshalb darin, nichts Neues zu fordern. Es reicht für dieses Jahr, das Begonnene weiterzuführen und soweit machbar abzuschließen. Außerdem ist nicht schlecht, ein paar Reserven für Unvorhergesehenes zu haben. Denn das haben wir ja in den letzten drei Jahren zur Genüge erlebt: Da gab es mehr unangenehme, unser Leben zutiefst beeinflussende Überraschungen als uns lieb war. Ich brauche als Stichworte ja nur Corona, den Ukraine-Krieg, die Energiekrise und die Inflation zu nennen.

Es ist ja nicht so, dass es keine Pläne gibt und wir uns deshalb bemühen müssen, unsere Verwaltung und uns zu beschäftigen. Vieles liegt vor uns, was ganz konkret bewältigt werden sollte, ja bewältigt werden muss. Unser ambitioniertestes Projekt ist eigentlich eine ganze Projektgruppe. Letztlich geht es um die Gemeindeentwicklung insgesamt, aber zunächst konzentrieren wir uns auf zwei eng miteinander verbundene Aspekte: das Sanierungsgebiet Schwanenstraße und das Umwelt- und Energiemanagement im alten Ortskern. Wir wollen dabei zwei große Ziele miteinander verbinden: Die Lebensqualität in unserer Ortsmitte weiter zu verbessern und gleichzeitig ein Stück weit auf die Herausforderungen des Klimawandels und der Energiekrise zu reagieren. Das sind Ziele, die großen Einsatzes bedürfen und die nicht schon in diesem Jahr zu erreichen sind. Da bedarf es eines langen Atems.

Was das Sanierungsgebiet angeht, muss unser Antrag erst einmal von der Landesregierung bewilligt werden. Dann muss ausgearbeitet werden, was genau bezuschusst wird und wie hoch. Und schließlich geht es an die konkreten Projekte. Da ist die Gemeinde gefragt, aber auch die privaten Hausbesitzer. Bestehender Wohnraum soll verbessert und neuer geschaffen werden. Und nicht zuletzt muss es darum gehen, an vielen Stellen den Energieverbrauch zu senken und selbst nach Möglichkeit durch eigene Photovoltaik-Anlagen Energie zu produzieren.

Damit ist auch gleich der zweite Aspekt angesprochen. Den Energieverbrauch zu senken und selbst Energie zu produzieren, sind nicht nur Aufgaben im Sanierungsgebiet. Das muss für die ganze Gemeinde gelten. Aber auch da muss überlegt vorgegangen werden. Die Umwelt- und Energieagentur des Landkreises hat für uns in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme im

Ortskern gemacht. Drei Viertel der Bausubstanz entstanden dort in Zeiten, als man noch nicht an Energiesparen dachte. Durch geschickte Verbesserungen kann da tatsächlich viel gespart werden. Aber machen wir uns nichts vor: Das kostet zunächst einmal viel Geld.

Die Gemeinde muss und wird da vorangehen. Im Ortskern liegen viele Gebäude, die für uns alle wichtig sind: das Rathaus und gleich daneben das alte Feuerwehrhaus und die Gemeindebücherei; die Schule mit Turn- und Schwimmhalle; der Ulrika-Kindergarten und die Astrid-Lindgren-Schule. Da wird in ziemlich alten Gebäuden ziemlich viel Energie verbraucht. Eine gemeinsame Heizzentrale und ein Wärmeverbund sind da sinnvoll. Dazu benötigt man ein Wärmeleitungsnetz. An dieses Netz könnten dann neue Großverbraucher angeschlossen werden: das bestehende Seniorenzentrum und sein geplanter Erweiterungsbau, genauso auch die neuen Wohn- und Gewerbeeinheiten, die auf dem gegenüber liegenden Volksbank-Gelände entstehen sollen. Aber nicht nur dies. Selbstverständlich sollte auch das Angebot bestehen, Privathäuser in diesem Gebiet an das Netz anzuschließen.

Weit in die Zukunft gedacht, könnte dieses Nahwärmenetz auch an das geplante Fernwärmenetz angeschlossen werden, das Tiefengeothermie nützen will. Ob das tatsächlich funktionieren wird und zu welchen Kosten, ist jedoch noch offen. Wir müssen diesen Weg jedenfalls sorgfältig untersuchen.

Sanierungsgebiet und Energiemanagement sind Großprojekte, die uns über Jahre beschäftigen werden, wahrscheinlich das ganze Jahrzehnt hinweg. Das wird in der Verwaltung schon einmal eine Menge Arbeitskraft binden – neben dem ja nicht geringer werdenden Alltagsgeschäft. Außerdem kommen ganz konkrete, in nächster Zeit, zu erledigende Projekte hinzu. Vier Klassenräume der Grundschule müssen saniert werden, genauso die Sportlereingänge an der Waldseehalle. Außerdem soll es bei den Radwegen, der Parksituation an den Durchgangsstraßen und bei der Barrierefreiheit an den Bushaltestellen vorangehen. Das alles ist bereits beschlossen. Es muss umgesetzt werden. Und deshalb ist es nicht nötig, in dieser Richtung noch mehr zu fordern, wenn das bereits Bewilligte noch nicht erledigt ist.

Immerhin: An manchen Stellen geht es voran. Und wir wissen die Erfolge zu würdigen. Die Übergabe des Seniorenzentrums an die Bruderhaus Diakonie war ein wichtiger Schritt. Da war viel Arbeit nötig und sie wurde gut bewältigt. Jetzt warten wir auf die Pläne des Bruderhauses für den Neubau. Wir hoffen, dass dann auch mittelfristig eine gute Versorgung unserer unterstützungsbedürftigen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sichergestellt ist. Aber wir wissen auch, dass damit kein Endzustand erreicht sein wird. Das Demographie-Problem, die Überalterung unserer Gesellschaft, wird für uns eine große Herausforderung werden. Bei aller Bedeutung des Klimawandels: Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren.

Auch in einem wenig öffentlichkeitswirksamen Bereich hat sich einiges getan, unserer Kämmerei. Die Umstellung von der alten Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht ist eine Mammutaufgabe. Sie ist immer noch nicht ganz bewältigt, aber sie hat erhebliche Fortschritte gemacht. Es gibt zwar noch immer keine verbindlichen Rechnungsabschlüsse für die letzten Jahre, aber die Zahlen verfestigen sich. Da es noch immer keine offizielle Eröffnungsbilanz gibt, liegen auch die in Rechnung zu stellenden Abschreibungen noch nicht ganz fest. Aber über Größenordnungen wurden wir informiert. Auf dieser Basis sind auch Aussagen über das Verhältnis von Haushaltsrealität und Haushaltsplanung in den vergangenen Jahren möglich. Und das Ergebnis ist erstaunlich genug. Addiert man die in den Planungen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 vorausgesagten Defizite, so erhält man einen Wert von über 9,5 Millionen Euro. Die Haushaltsrealität sieht ganz anders aus – und wider Erwarten nicht schlechter, sondern trotz der Krisen: viel besser. Im Endergebnis ist ein Wert um Null zu erwarten! Das heißt, wir wären mit einem blauen Auge davongekommen!

Vor diesem Hintergrund können wir das erwartete Defizit für 2023 von gut zwei Millionen Euro etwas gelassener sehen. Und auch, dass die Haushaltsplanungen für 2024, 2025 und 2026 mehr oder minder große Defizite voraussagen, muss uns nicht gleich den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Aber richtig entspannt können wir trotzdem nicht sein, und das weniger wegen möglicher ganz überraschender Katastrophen. Das Absehbare ist schon bedenklich genug.

Das erstaunlich gute rechnerische Ergebnis der letzten Jahre hat im Wesentlichen zwei Ursachen. Zum einen waren die Einnahmen deutlich höher als kalkuliert. Es ist aber richtig, wenn unser Kämmerer in der Vorausschau eher defensiv agiert und wir dann positiv überrascht werden.

Zum anderen waren die tatsächlichen Ausgaben wesentlich niedriger als erwartet. Leider ist das nur begrenzt darauf zurückzuführen, dass besonders sparsam gewirtschaftet wurde. Zum Teil wurden die geplanten Projekte einfach nicht verwirklicht. Das verhilft zwar kurzfristig unserem Haushalt zu Vergleichsweise guten Ergebnissen, aber mittel- und langfristig führt das zu immer größeren Problemen in unserer Gemeinde. Immer mehr muss erledigt werden und wird es nicht. Da hilft es dann auch nicht, noch mehr zu fordern – wenn es bewilligt wird, bleibt nur noch mehr liegen.

Das liegt nun nicht daran, dass in unserer Verwaltung zu wenig gearbeitet würde. Ganz im Gegenteil müssen wir allen unseren herzlichen Dank für ihren Einsatz aussprechen. Es liegt eher am Einsatz der zur Verfügung stehenden Kräfte. Es muss irritieren, dass uns junge Kräfte, die wir dringend brauchen, im vergangenen Jahr verlassen haben. Sie haben Besseres gefunden. Offiziell steht das Geld im Vordergrund, aber das ist es zumindest nicht allein. Umstrukturierungen in der Verwaltungsorganisation haben dem Vorschub geleistet. Sie haben zu keinen Verbesserungen geführt. Sie müssen überdacht werden. Manchmal ist die Rücknahme einer Reform die bessere Reform. Soll alles Anstehende bewältigt werden, brauchen wir eine Verwaltung, die an einem Strang zieht – und zwar in dieselbe Richtung.

Viele Themen sind wirklich komplex und schwierig zu bearbeiten. Der Betrieb des Heidesees gehört dazu. Die Mitglieder der Verwaltung und des Rats wissen, wie viel Zeit in die Lösung der damit verbundenen Probleme investiert wird. Leider mit nur geringem Erfolg. Das zu erwartende Defizit wird nicht geringer, sondern immer größer. Für 2023 wird ein Betrag von 560.000 Euro veranschlagt! Wenn wir Zyniker wären, müssten wir sagen: Na ja, dann kommt uns die Klimaerwärmung gerade recht. Heißere Sommer führen zu größerem Abkühlungsbedarf und damit zu höheren Besucherzahlen am Heidensee. Und wachsende Einnahmen werden das Defizit verringern. Faktisch wird es zwar wahrscheinlich so sein, aber die Ursache ist uns natürlich nicht recht.

Uns ist klar, dass der Heidensee zu jenen Aktivposten gehört, die unsere Gemeinde so lebenswert machen, wie sie ist. Und es ist uns klar, dass der Betrieb des Sees Geld kostet, dass das Bad nicht wirklich kostendeckend betrieben werden kann. Die zentralen Dienstleistungen jedoch längerfristig fremd zu vergeben und teuer zu bezahlen, kann nicht angehen. Wir brauchen eigene Kräfte. Und wir müssen sie so gut bezahlen, dass sie nicht nur kommen, sondern auch bleiben. Das wird zu effektiven Ersparnissen führen. Außerdem müssen wir an vielen Stellen - pragmatischer Handeln. Für die letzte Saison ist nur ein Beispiel zu nennen: Die Idee, alle Eintrittsgelder nur elektronisch begleichen zu lassen, mag hinsichtlich ihrer Effizienz manchen einleuchten. In der Praxis waren jedoch viele verärgert, wenn sie nicht auch bar bezahlen durften, und kehrten unserem See den Rücken. Nach einigem Hin und Her wurde das geändert. Und diese Änderung hat etliches Geld in die Kasse gebracht.

Sicher, das ist nicht der große Wurf. Aber es ist ein Beitrag. Ähnlich, wie es ein Beitrag ist, unsere Attraktionen am See früher bereit zu stellen und dafür etwas mehr für die Saisonkarten zu verlangen.

Forst nimmt es nicht nur auf sich, kommunale Pflichtaufgaben zu erledigen – und dies gut zu tun. Die Gemeinde engagiert sich auch in erheblichem Maß freiwillig. Unser Freizeitpark Heidesee ist ein wichtiges Beispiel. Weitere Beispiele sind die Musik- und Kunstschule und die Gemeindebücherei. Ihre Angebote werden breit genutzt, auch über unser Dorf hinaus. Nicht zuletzt ist das auf das Engagement ihrer Leitungen zurückzuführen, die deshalb größte Unterstützung verdienen. Im Falle von Klaus Heinrich haben wir sogar dem Glücksfall, dass großer Einsatz im Hauptberuf mit mindestens ebenso großem Einsatz im Ehrenamt verbunden wird. Die Arbeit am „Tartufo“-Projekt hat nicht nur regionale, sondern sogar bundesweite Auszeichnungen erhalten. Das verdient auch an dieser Stelle unsere Anerkennung.

Außerdem wird auch viel für den Sport und die Sportanlagen getan. Wir haben ein sehr repräsentatives Stadion und die Waldseehalle mit dem neuen Alex-Huber-Forum sucht im Umland ihresgleichen. Aber – und leider muss hier auch ein großes Aber kommen – aber leider kostet das eine Menge Geld. Den meisten wird nicht bewusst sein, wieviel es ist. Der Betrieb des Stadions soll 2023 ein Defizit von etwas mehr als 200.000 Euro aufweisen. Und das Defizit der Waldseehalle – einschließlich des Forums – ist auf mehr als 675.000 Euro veranschlagt. Vor diesem Hintergrund müssen wir um Verständnis dafür werben, dass die Nutzungsgebühren erhöht wurden – maßvoll, wie wir mit der Mehrheit des Gemeinderats meinen.

Wir müssen aber um noch mehr Verständnis werben. Es ist kein Geheimnis, dass unsere Vereine erhebliche Zuschüsse zu der Bezahlung der Hallenmieten erhalten. Kann die Halle – oder Teile von ihr – privat vermietet werden, fallen diese Zuschüsse weg. Damit erhöhen sich die Einnahmen für die Gemeinde erheblich. Selbstverständlich kann dann die Halle – oder eben Teile von ihr – nicht von Vereinen genutzt werden. Andererseits bringt das nicht nur Geld in die Gemeindekasse – es hat auch eine gewisse Werbewirkung für unsere Gemeinde, wenn hier größere Veranstaltungen stattfinden: Firmen-Tagungen oder Verbands-Versammlungen, Parteitage oder kommerzielle Konzerte. Nicht zuletzt sollte hier offensiv mit dem nahegelegenen See-Hotel zusammengearbeitet werden, das ja auch gleich die nötigen Übernachtungskapazitäten beisteuern könnte. Wir haben hier die Chance, auch mehr Aufmerksamkeit auf Forst zu lenken.

Selbstverständlich werden alle unsere Bemühungen, die Defizite im Bereich unserer freiwilligen Leistungen zu reduzieren, nicht genügen. Unser Haushaltsdefizit kann so nicht beseitigt werden. Ich kann nur unsere zentrale Forderung aus den vergangenen Jahren wiederholen: Wir müssen unsere Einnahmen steigern. Die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Einen kleinen Beitrag könnte die Einführung einer Vergnügungssteuer auf Geldspielautomaten liefern. Und auch die nach der neuen Gesetzeslage mögliche Einführung einer Grundsteuer C auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke ist zu nennen. Viel wichtiger werden aber die Erträge der Gewerbesteuer sein. Hier müssen wir dafür sorgen, dass für die Gewerbetreibenden ein positives Klima herrscht. Sie müssen an den Standort Forst glauben und gerne bereit sein, hier zu investieren. Im Rat sind in dieser Hinsicht in der letzten Zeit wichtige Entscheidungen getroffen worden. Dies muss aber auch Folgen haben. Bürokratische Hindernisse müssen soweit und so schnell als möglich aus dem Weg geräumt werden.

Damit habe ich das Wichtigste gesagt. Vieles könnte noch angefügt werden, vor allem ein breiterer Dank für die geleistete haupt- wie ehrenamtliche Arbeit im wirklich nicht einfachen vergangenen Jahr 2022. Aber ich möchte meine Redezeit nicht überdehnen. Und so danke ich ausdrücklich nur unseren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen für die häufig so konstruktive Zusammenarbeit und das so große Einverständnis bei so vielen Entscheidungen – nicht zuletzt bei der, unsere

Redezeiten von 30 auf 20 Minuten zu begrenzen. Auch wir müssen unseren Beitrag zu mehr Effizienz leisten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Die Freien Wähler werden dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2023 zustimmen. Wir wissen zwar, dass wir mit seinem Ergebnis nicht zufrieden sein können, aber wir wissen auch um die Hintergründe, die Zusammenhänge und Notwendigkeiten.

Auf jeden Fall nehmen wir wahr, dass die Kämmerei große Fortschritte gemacht hat. Wir schaffen es, noch im Februar den Haushalt zu verabschieden. Lassen Sie mich nun ganz am Ende noch einen Traum formulieren: Der Forster Haushalt für das kommende Jahr wird am Ende des laufenden Jahres verabschiedet. Und zuvor wurde bereits die Abrechnung für das vorausgegangene Jahr vorgelegt. 2023 wird das nicht zu schaffen sein, aber vielleicht geschieht es ja 2024.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Freie Wähler Forst

Emil Kniel